

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jutta Krellmann, Norbert Müller (Potsdam),
Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/4418 –**

Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe jetzt

A. Problem

Beschäftigte im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Familienhilfe, der frühkindlichen Bildung und Betreuung und in anderen sozialen Berufen arbeiten nach den Worten der antragstellenden Fraktion unter schwierigen Beschäftigungsbedingungen und oft mit niedrigem Einkommen. Diese Arbeit wird zudem vermehrt in Teilzeit und Befristungen organisiert, zusehends aber auch über Minijobs, Leiharbeit und Werkverträge.

B. Lösung

Die Initiatoren fordern Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterstützung einer Aufwertung der Berufe in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Dazu sollten u. a. Rahmenbedingungen für gute Arbeit geschaffen werden, wie das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Einsatztag ohne Ausnahme bei der Leiharbeit gesetzlich festzuschreiben.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/4418 abzulehnen.

Berlin, den 10. Juni 2015

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Kerstin Griese
Vorsitzende

Gabriele Schmidt (Ühlingen)
Berichterstatteerin

Bericht der Abgeordneten Gabriele Schmidt (Ühlingen)

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/4418** ist in der 97. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. März 2015 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Verbesserte Arbeitsbedingungen in den sozialen Berufen sind nach den Ausführungen der Initiatoren die Grundlage für eine qualitativ hochwertige soziale Infrastruktur und gute Kinderbetreuung. Seit Beginn des Kitaausbaus warnten Akteure und Experten vor einem Fachkräftemangel und einer zunehmenden Belastung der Beschäftigten und mahnten einen Qualitätsausbau in der Kinderbetreuung an. Obwohl in den vergangenen Jahren vermehrt junge Menschen eine Erzieher- bzw. und Erzieherinnenausbildung absolviert hätten, steige das Durchschnittsalter des Betreuungspersonals. Arbeitsunfälle und psychische Erkrankungen nahmen zu. Einen Baustein zur Verbesserung der Situation böten die anstehenden Tarifverhandlungen.

III. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 18/4418 in seiner Sitzung am 10. Juni 2015 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/4418 in seiner 45. Sitzung am 10. Juni 2015 abschließend beraten. Dabei hat der Ausschuss dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass sie sehr wohl an der Seite der Beschäftigten stehe. Eine Aufwertung der Berufe im sozialen und im Erziehungsbereich sei auch in finanzieller Hinsicht notwendig. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales habe darüber hinaus bereits eine Offensive zur Qualitätsverbesserung in den sozialen Berufen in Gang gesetzt. Der Antrag sei also überflüssig. Überdies müsse man zur Kenntnis nehmen, dass Teilzeitarbeit – anders als von den Antragstellern behauptet – keineswegs eine Schikane der Arbeitgeber gegenüber den Beschäftigten sei. Vielmehr wünschten sich viele ausdrücklich Teilzeitarbeit. Zudem müsse der Bedarf in den Kitas berücksichtigt werden.

Die **Fraktion der SPD** unterstützte die Forderung nach Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe. Mit dem widersprüchlichen Antrag aus der Opposition komme man diesem Ziel aber kein Stück näher. Leiharbeit stelle, anders als in dem Antrag behauptet, in der Praxis nicht das Hauptproblem in diesem Bereich dar. Ein Entgeltgleichheitsgesetz dagegen, das wegen der großen Entlohnungsunterschiede zwischen Männern und Frauen ein sinnvoller Beitrag von Bundesseite wäre und von SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart worden sei, werde in dem Antrag dagegen schlicht ausgespart. Die SPD setze u. a. auf die Einführung eines Rückkehrrechts aus Teilzeit- in Vollzeitarbeit. Dies würde spürbare Verbesserungen beispielsweise für viele Erzieherinnen bringen. Bei den im Antrag erhobenen Vorwürfen sei zu bedenken, dass der Bund bereits mit Umschichtungen in Höhe von vielen Milliarden Euro die Weichen für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen gestellt habe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte, dass die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen trotz ihrer gesellschaftlich wichtigen Aufgaben nicht angemessen bezahlt würden. Die derzeitige tarifliche Eingruppierung trage den Anforderungen nicht Rechnung. Die Arbeit sei vermehrt in Teilzeit und Befristung organisiert. Die Beschäftigten müssten in der Folge – und wegen teils erzwungener Teilzeitarbeit - oft noch Zweit- oder

gar Drittjobs wahrnehmen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. An anderer Stelle würden aber beispielsweise Erzieherinnen vergeblich gesucht. Die aktuelle Tarifrunde biete nun die Möglichkeit, eine Aufwertung der Berufsgruppe umzusetzen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen sich besonders für die Gesellschaft engagierten. Die Anforderungen dabei hätten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Die Bezahlung trage dem aber nicht Rechnung. Der Deutsche Bundestag sei in der Lage, hilfreiche Rahmenbedingungen für Qualitätsverbesserungen zu schaffen. Dazu gehöre es beispielsweise, die sachgrundlose Befristung von Beschäftigungsverhältnissen abzuschaffen. Eine Anti-Stress-Verordnung wäre ebenfalls sinnvoll. Die Fraktion fordere – wie die Linke – eine Qualitätsoffensive in den Kitas. Auch wenn man Bedenken gegen Details im Antrag der Linken habe, werde man wegen der überwiegenden Übereinstimmung zustimmen.

Berlin, den 10. Juni 2015

Gabriele Schmidt (Ühlingen)
Berichterstatlerin